V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédie par l'éditeur"

1. Jahrgang · Nr. 12 · Preis 20 Groschen · 6 Seiten

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Oesterreich: vierteljährig Schilling 2·40, halbjährig Schilling 4·50, ganzjährig Schilling 8·50 / Polen: vierteljährig Zloty 3·—, Tschechoslowakei: vierteljährig Kc. 12·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schweizer Franc 2·40 / Oesterr. Postsparkassenkonto B-11.035

Wien, Freitag, den 4. August 1933
וינה, ביום ו׳ י״ב אב תרצ״ג

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Telephone: R-26-0-81, R-26-0-82

Neuer Schlag gegen die Einwanderung

Jerusalem, 3. August. (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Das Amtsblatt der Regierung veröffentlicht die Bestimmungen eines neuen Einwanderungsgesetzes mit zahlreichen neuen Erschwerungen für die jüdische Einwanderung nach Palästina. Mit besonderer Härte werden die Bestimmungen die jüdische Touristik treffen, deren vollständige Unterbindung erzielt werden soll.

Auch diese Gesetzvorlage wurde, gleich dem vor einer Woche erlassenen antijüdischen Bodenverkaufsgesetz, von zionistischer Seite erfolglos bekämpft. Die palästinensische Regierung hat beide Gesetze trotz zionistischen Einspruches im Amtsblatt verlautbart.

Die arabische Exekutive erklärt sich mit diesen Gesetzen einverstanden, verlangt aber eine strenge, wortgetreue Durchführung. Der Sekretär der arabischen Exekutive in Palästina Abdul Hadi erklärte Journalisten gegenüber, daß die Regierung nunmehr die Fehler ihrer Bodenpolitik gegenüber den Arabern durch die Annahme des Frenchberichtes amtlich zugebe und nunmehr bestrebt zu sein scheint, diese Fehler gutzumachen. Das beste wäre jedoch, wenn Landverkauf an Juden überhaupt verboten würde.

*

Diese Nachricht, die aus dem wahrlich nicht heiteren politischen Himmel Palästinas kommt, geht uns unmittelbar vor Blattschluß zu. Unsere Leser können sie mit der Sorglosigkeit konfrontieren, die die offiziellen zionistischen Führer, die für das Jüdische Nationalheim verantwortliche Jewish Agency unmittelbar nach Veröffentlichung des Frenchberichtes an den Tag legte und fast drei Wochen nach dessen Erscheinen an den Tag legt, wie es im Innern unseres Blattes (»Das Echo des Frenchberichtes«) vermerkt wird.

Die Folgen des neuen Gesetzes als unmittelbare Auswirkungen des Frenchberichtes sind für das Jüdische Nationalheim einfach katastrophal. Wir werden sie in unserer nächsten Nummer in das Licht der jüdischen Oeffentlichkeit stellen.

Verhaftungsskandal und Unterhaus

London, 30. Juli. Abgeordneter Colonel Josiah Wedgwood richtete auf der letzten Sitzung des englischen Parlaments an den Kolonialminister Sir Cunliffe-Lister eine Interpellation. Wedgwood fragte, ob die Schritte des Hochkommissars in Palästina gegen einen bestimmten Teil der palästinensischen Zionisten-Revisionisten aus dem Grunde unternommen wurden, weil dieser eine unlegale Organisation darstellt

Ferner fragte der Abgeordnete, ob dafür gesorgt werde, daß die absolute Unparteilichkeit in der Untersuchung gegen Stawski und andere Revisionisten durch eine neue Wendung nicht gestört werde.

Der Kolonialminister gab zur Antwort:

»Ich besitze keine offiziellen Informationen über die diese Sache betreffende Aktion der Palästinaregierung. Ich werde mich an den Oberkommissär um Informationen wenden.

Was den zweiten Teil der Anfrage betrifft, so ist er nicht klar verständlich. Ich bin aber dessen sicher, daß Abgeordneter Wedgwood keine Anregung geben will, die die Möglichkeit einer Parteilichkeit des Gerichtswesens in Palästina einschließt«

Jabotinsky über den 18. Zionistenkongreß

Vladimir Jabotinsky gab knapp vor seiner Abreise von Warschau nach Paris am 24. Juli einem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur ein Interview, in dem er sich über das Bild des kommenden Kongreßes folgendermassen äussert:

Ich bin noch nicht in Kenntnis der genauen Ziffern. Es scheint aber jetzt schon sicher zu sein, daß die Hauptsorge des Kongreßes in der Gefahr einer Hegemonie des linken Flügels liegen wird. Wenn die »Linke« allein oder mit Hilfe gewisser Weizmann-Elemente imstande sein wird, eine »numerische Mehrheit« darzustellen, so wird das in seiner Auswirkung die Abstossung aller anderen Fraktionen von jedem aktiven Interesse an der Zionistischen Organisation für die nächsten zwei Jahre bedeuten. In diesem Fall werden auch die Fonde schwer leiden. Wenn es aber nicht zu einer linken Mehrheit kommt, so können wir verschiedene Versuche, eine breite Judenstaatsfront zu schaffen, mit starker Anti-Klassenkampf-Tendenz, erwarten.

Kommt eine solche Front zustande und erweist sie sich als stark genug, eine Judenstaatler-Exekutive zu wählen, was natürlich als neuer Kurs in entsprechenden Resolutionen zum Ausdruck kommen muß, dann sehe ich keinen Grund, weshalb die Revisionisten nötigenfalls in eine solche Exekutive nicht eintreten sollten.

Ich weiß, daß allgemein ein lärmender Kongreß erwartert wird. Ich bin dessen nicht so sicher. Es wird natürlich keinerlei Versuch geduldet werden, »Blutbeschuldigungen« von Stapel zu lassen. Ich zweifle übrigens daran, ob jemand es wagen wird, in Prag solche Schönrednereien anzuheben. Ich werde deshalb keineswegs überrascht sein, wenn dieser Kongreß sich als einer der ruhigsten herrausstellen sollte – zumindest in den letzten Kongreßtagen, wenn die Linken sich darüber werden Rechenschaft ablegen müssen, daß sie ausgespielt haben (es sei denn, sie haben numerisch die absolute Mehrheit!).

Was den neuen Präsidenten betrifft, so wird es, wenn die Linke siegt, zu einer auf den Trümmern der Bewegung erfolgten Rückkehr Weizmanns kommen. Wenn nicht, so kann ich nur eines feststellen: ich glaube nicht, daß Herr Sokolow wieder Präsident werden kann, denn es fehlt ihm zumindest eine wesentliche Eigenschaft für eine solche Funktion – die Loyalität gegenüber denen, die ihn unterstützen.

Staatenlose Juden und schöne Gesten

London 29. Juli

Der konservative Abgeordnete Commander Locker-Lampson hat im englischen Parlament eine Gesetzesvorlage eingebracht, durch die die Möglichkeit zur Erwerbung des Staatsbürgerrechts für außerhalb des britischen Empires lebende Juden erweitert werden könnte. Gedacht ist an die erleichterte Erwerbung der palästinensischen Staatsangehörigkeit für Juden, die in anderen Staaten ihr Bürgerrecht verloren haben. Die Gesetzesvorlage hat das Haus in erster Lesung passiert.

Derselbe Abgeordnete hielt zur Begründung seines Antrages eine längere Rede, in der er ausführte, er sei weder ein Jude, noch sei er jemals antideutsch gewesen. Er gehöre zu den wenigen konservativen Abgeordneten, die nach dem Kriege stets für Gerechtigkeit gegenüber Deutschland und fair play eingetreten sind. Er müsse aber auch gerechterweise feststellen, daß gerade deutsche Juden es waren, die sich am nachhaltigsten für Deutschland eingesetzt haben, und denen es gelungen ist, in England viele Sympathien für Deutschland zu gewinnen. Wenn heute viele bedeutende deutsche Juden — der Redner exemplifizierte auf Einstein, der auf der Zuhörertribüne saß — sich im Ausland befinden und sich ihrer Heimat beraubt fühlen und wenn der Völkerbund nichts unternehme, dann müsse Großbritanien, das selbst «ein Völkerbund im kleinen» ist und das Mandat über Palästina hält, diesen Menschen eine neue Staatsbürgerschaft und damit zugleich einen Schutz schaffen.

Das vorgeschlagene Gesetz werde eine Verbreiterung und Bestätigung der britischen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volk darstellen, das in Palästina ein Messias-Wunder verwirkliche.

(Die praktische Bedeutung dieses britischen Parlamentsbeschlusses ist wohl sehr gering; er offenbart jedenfalls in Anbetracht der Dinge, der Behandlung des jüdischen Palästinaproblems durch die britische Regierung nämlich, einen nahezu grotesken Gegensatz. Das hindert allerdings die jüdischen Zeitungen nicht, wieder einmal vor Freude außer Rand und Band zu geraten. Anm. d. Red.).

Kongreßwahl-Ergebnisse

Genaue Resultate über die Ergebnisse der nun so ziemlich in allen Ländern durchgeführten Wahlen zum XVIII. Zionistenkongreß liegen noch nicht vor. Es wird erst in der nächsten Woche möglich sein, ein annähernd vollständiges Bild über die Stimmen und Mandatzahl, die die einzelnen wahlwerbenden zionistischen Parteien erhalten haben, zu geben.

Für die revisionistische Liste Jabotinsky wurden bis jetzt in nachstehenden Ländern Delegierte gewählt: In Polen 20–25, in Palästina 5–6, in Ostgalizien 5, in Westgalizien 2, in Lettland 2; in Litauen 2, in Südafrika 1, in Tunis 1, in der Bukowina 1, in Bssarabien 1; in Altrumänien 1, Bulgarien 1, CSR. 2.

England sabotiert...

Völkerbund und Transjordanien

Genf, Ende Juli.

Am 8. Juli ist die Diskussion in der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes geschlossen worden. Diese Diskussion wickelte sich wie immer hinter versperrten Türen ab. Die Protokolle der Kommission und der Bericht an den Völkerbund werden erst in der zweiten Septemberhälfte veröffentlicht werden. Aber über den Verlauf der Palästina-Debatte, sind jetzt schon genauere Nachrichten vorhanden. Sie bewegte sich in der Hauptsache um die Kolonisierung Transjordaniens, die wirtschaftlichen und Zoll-Privilegien Englands an Palästina, Immigrationserleichterungen für die deutschen Juden nach Palästina und ähnliches und hatte den Bericht der Mandatarmacht für das Jahr 1932 zur Grundlage.

Die Fragen, die die einzelnen Mitglieder der Mandatskommission stellten, wurden von M. A. Young, der bis Juni 1933 das Amt des Generalsekretärs der Palästinaregierung bekleidete, im Namen Englands beantwortet.

Einige Mitglieder der Kommission schnitten die Frage der Kolonisationsmöglichkeiten in Transjordanien an. Sie betonten, daß Emir Abdallah und der Gesetzgebende Rat Transjordaniens positive Stellungnahme zu den Kolonisationsprojekten zeigten und richteten an Young die Frage, ob die englische Regierung diese jüdischen Kolonisationsprojekte zu untenrstützen die Absicht habe. Youngs Antwort lautete dahin, daß die englische Regierung sich gegen diese Projekte ausspreche. Er wies darauf hin, daß die Bestimmungen des Palästina betreffenden Mandates nicht auf Transjordanien Bezug haben und daß die englische Regierung es für unmöglich halte, die jüdische Kolonisation in Transjordanien zu unterstützen. Auf eine weitere Frage eines Kommissionsmitgliedes, ob die englische Regierung auch dann gegen eine Kolonisierung Tronsjordaniens wäre, wenn es sich um Ansiedlung von palästinensischen Arabern handelte, (Transjordanien sei ja wenig bevölkert), meinte Young, daß die englische Regierung diese Angelegenheit sorgfältig untersucht habe und zur Ueberzeugung gelangt sei. daß man aus Gründen der allgemeinen Sicherheit die jüdische Kolonisation Transjordaniens nicht befürworten könne. Was eine Kolonisierung von palästinensischen Arabern in Transjordanien betrifft, so müsse er feststellen, daß es eine solche Bewegung gar nicht gebe. Uebrigens gebe es in Transjordanien keine kolonisierbare Gegenden, wiewohl das Land so dünn besiedelt ist.

Der Vizepräsident der Kommission, der Holländer Van Rees machte Young darauf aufmerksam, daß das Mandat es weder dem Emir noch den Scheichs Transjordaniens verwehren könne, freiwillig Boden an Juden zu Kolonisationszwecken zu verkaufen. Van Rees berief sich in diesem Zusammenhang auf Nachrichten der palästinensischen Presse und betonte, daß der Emir Abdallah und die Scheichs Anhänger der jüdischen Kolonisationsidee in Transjordanien seien. Warum, fragte der Vizepräsident, ist also gerade nur die Mandatarmacht gegen das jüdische Projekt? Es ist wahr — lautete die Antwort Youngs — daß das Mandat eine jüdische Kolonisation in Transjordanien nicht verbieten kann. Trotzdem sei die englische Regierung der Ueberzeugung, nachdem sie die lokalen Stimmungen und das öffentliche Sicherheitsproblem kennengelernt habe, es verlohne sich nicht, eine jüdische Kolonisation durchzuführen. Van Rees aber ließ nicht locker. Er stellte fest, daß Transjordanien 43.000km² umfasse, also zweimal so groß wie Palästina sei und nur 300.000 Einwohner zähle, während die Einwohnerzahl Palästinas bereits eine Million übersteige. Der Emir und die Scheichs wollen ihren Boden an Juden verkaufen. Es sei daher sehr zweifelhaft, ob die Mandatarmacht eine kluge Politik betreibe, wenn sie sich gegen solche Bodentransaktionen stelle. Young, in die Enge getrieben, verlegte sich nun auf den Nachweis, daß ein großer Teil Transjordaniens eine Wüste sei. Zum Schluß wiesen die Mitglieder der Kommission darauf hin, daß für alle Mandatarmächte däs Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung verpflichtend sei und formulierten deshalb die folgende Frage: «Würden Bürger anderer Staaten außer Palästina auch nicht das Recht genießen, Boden in Transjordanien zu erwerben und würde man einem jüdischen Bürger eines europäischen Staates Hindernisse beim Bodenkauf in Transjordanien in den Weg legeg, nur aus dem Grunde, weil er Jude sei? Young mußte sich zur Antwort bequemen, daß die Rechte von Bürgern anderer Staaten überhaupt nicht begrenzt werden. Die englische Regierung müsse sich aber gegen jede Art von Kolonisierung Transjordaniens aussprechen.

Professor Rappard gab sich mit den Antworten Youngs nicht zufrieden und bemerkte, daß ihm in der ganzen Angelegenheit eines nicht ganz klar sei: den Informationen zufolge hat sich die Mehrheit der Einwohner Transjordaniens für Bodenverkauf an Juden ausgesprochen, die englische Regierung aber gebe vor, sich auf das Argument der «öffentlichen Sicherheit Transjordaniens» stützen zu müssen. Und ist überdies, fragte Rappard, das Bodenverkaufverbot an Juden im Mandatsgebiet Transjordaniens nicht gegen die Beschlüsse des Völkerbundes?

Diese Frage brachte Young in große Erregung. «Ich weiß nicht — antwortete er — wieviel Mitglieder des Gesetzgebenden Rates in Transjordanien sich zugunsten des Bodenverkaufs an Juden ausgesprochen haben. Ich kann nur hinzufügen, daß die englische Regierung keine starken Tendenzen, Boden an Juden verkaufen zu wollen, festgestellt habe».

Professor Rappard ließ sich durch den erregten Ton Youngs nich beirren, setzte seine Fragestellung fort und konstatierte, daß sich in Palästina schwächere Tendenzen für den Bodenverkauf gezeigt haben als in Transjordanien. Young verlor völlig die Fassung und erklärte, er wolle seine Antworten lieber allgemein halten und beabsichtige nicht, auf Einzelheiten einzugehen.

Damit war die Debatte über die transjordanische Frage beendet.

Wie hier verlautet, wird im Bericht der Mandatskommission an den Völkerbundrat diese überaus interessante und hochwichtige Debatte nicht einmal erwähnt werden.

Von der revisionistischen Kongreßfraktion

(Aufruf des Präsidenten der revisionistischen Weltorganisntion)

Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Exekutiv-Sekretariats bin ich als Präsident der revisionistischen Weltunion bevollmächtigt worden, folgende Wendung an alle revisionistischen Kongreßdelegierten zum XVIII. Zionistenkongreß zu richten:

Am 19. August wird sich in Prag die Vorkonferenz der revisionistischen Kongreßfraktion versammeln, um über ihre Kongreßtaktik zu beschließen, eine Kongreßleitung zu wählen und Vertreter für das Kongreßpräsidium und für alle Kommissionen zu bestimmen.

Die Grundlinien unserer Kongreßaufgaben bleiben dieselben, wie sie vor und im Verlauf der Kongreßwahlen proklamiert wurden. Wir werden für unser Programm, das durch alle unsere Weltkonferenzen festgestellt worden ist, und für eine Leitung von Judenstaatlern kämpfen. Wir werden uns am Kongreß unter allen Umständen bis zu seinem Schluß beteiligen.

Welchen Ausgang der XVIII. Zionistenkongreß auch nehmen mag, die Vorkonferenz wird über keine Fragen in Bezug auf die zukünftige Taktik des Revisionismus zu beschließen haben, da alle solche Fragen nicht zur Kompetenz der Fraktion, sondern ausschließlich zur Kompetenz einer ordentlichen Weltkonferenz der revisionistischen Weltorganisation gehören, die nach dem Kongreß einberufen werden wird.

Ich wende mich deshalb an alle revisionistische Delegierten zum XVIII. Zionistenkongreß, ohne Unterschied der Liste, auf welcher sie gewählt wurden und lade sie ein, sich an der Vorkonferenz der revisionistischen Kongreßßdelegierten am 19. August in Prag zu beteiligen, um zusammen eine einheitliche revisionistische Kongreßfraktion zu bilden.

Im Bewußtsein des großen Ernstes der Situation, fordere ich alle revisionistischen Delegierten auf, alle unsere innerlichen Konflikte auf die ganze Dauer des Kongresses beiseite zu schieben und eine Einheitsfront für unsere Kongreßaufgaben zu bilden.

Allen Beteiligten wird eine mehr als gerechte Vertretung der Minderheit in allen Körperschaften und Delegationen, die von der Kongreßfraktion gewählt werden müssen, zugesichert, und wir werden uns ehrlich bemühen, unser altes traditionelles Prinzip des Ausgleiches in allen innerlichen Streitfragen zu erneuern und durchzuführen. Es ist aber klar, daß in allen denjenigen Fällen, wo es eventuell doch nicht gelingen wird, einen einstimmigen Beschluß zu fassen, natürlich die Abstimmung zu entscheiden haben wird. Deshalb muß als Vorbedingung für die Beteiligung an der Vorkonferenz für alle Delegierte ohn Ausnahme, selbstverständlich die Verpflichtung gelten, die in allen Organisationen üblich ist: die Verpflichtung eines jeden Delegierten, sich den Beschlüssen der Fraktionsmehrheit zu unterwerfen.

Es ist die Pflicht eines jeden Revisionisten, die Einheitlichkeit unseres Kongreßkampfes für die Ideale, die wir mit sovielen Opfern im Verlauf von 10 Jahren ununterbrochen gemeinsam vertreten und unter den Volksmassen verbreitet und vertieft haben, sichern zu helfen.

Vl. Jabotinsky.

Anm. d. Red.: Auf diese Aufforderung des Präsidenten der Weltunion, eine einheitliche Front auf dem Kongreß zu bilden, ist wie die jüdischen Blätter Warschaus berichten, von seiten Meir Großmanns ein absagender Bescheid erteilt worden. Die Erklärung dieses Führers der sogenannten «demokratischen revisionistischen Liste» legt wieder die alte Walze von der Wiederherstellung der «Legalität» ein, ein Argument, das heute angesichts des Wahlausgangs, der einen eindringlichen Beweis dafür, wo sich die überwältigende Mehrheit der Revisionisten befindet, geliefert hat, mehr als komisch wirken muß.

Der Mord in Nahalal

Eine arabische Terroristenorganisation

Am 26. Juli begann der Prozeß gegen die fünf Araber des Dorfes Saphuria, die beschuldigt werden, das Bombenattentat in Nahalal, das dem jüdischen Kolonisten Josef Jakobi und dessen siebenjährigem Söhnchen David das Leben kostete, ausgeführt zu haben.

Im Laufe der Gerichtsverhandlung kamen einige überraschende Tatsachen zur Kenntnis.

Die als Zeugen vernommenen Polizeioffiziere Miller und Cosgrave erklärten nämlich, bei den verhafteten Arabern Haùsdurchsungen vorgenommen zu haben, wobei bei dem einen der Verhafteten, Mustapha Ali Achmed, ein Revolver und Patronen sowie eine komplette Bombe vorgefunden wurden, deren Sprengmaterial genau dem jener Bombe entspricht, mit der das Attentat auf Jakobi durchgeführt wurde.

Mustapha Ali Achmed legte ein Geständnis seiner Beteiligung am Attentat ab und nannte die Namen der übrigen vier Mitbeteiligten.

Der Zeuge Polizeisergeant Achmed Naiph erklärte, daß er am 15. Juni im Polizeiarrest von Nazareth, wo sich die Angeklagten damals befanden, ein Gespräch des Verhafteten Achmed Abdul Kader mit seinem Verteidiger, einem arabischen Advokaten mitangehört habe.

Der Verhaftete erklärte dem Advokaten, daß es in Sephuria eine geheime arabische Terroristenorganisation gebe, zu der die wegen des Attentats in Nahalal Angeklagten gehören.

Am 27. Juli ging das Verhör zu Ende. Die fünf Araber sind dem ordentlichen Gericht mit der Beschuldigung des vorsätzlichen Mordes übergeben worden. Während des Verhörs wurde auch festgestellt, daß alle Angeklagten Mitglieder des muselmanischen Jugendverbandes sind, die am Tage des Mordes in Nahalal die Moschee aufsuchten, wo ein Gottesdienst abgehalten wurde.

Palästinafragen vor dem Unterhaus

Auf der letzten Sitzung des englischen Parlaments wurde eine Reihe von Anfragen über Palästina-Angelegenheiten gestellt. Abg. Janner (liberal) fragte, ob Bestimmungen vorgesehen sind, um eine gerechte Entlohnung bei jenen Arbeiten zu gewährleisten, die durch die Palästina-Anleihe durchgeführt werden. Der Kolonialminister erwiderte, Arbeitsbedingungen würden noch in Erwägung gezogen.

Abg. Janner: Wird das Unterhaus noch Gelegenheit haben, die im Gesetz enthaltenen Bestimmungen zu diskutieren?

Auf eine andere Frage desselben Abgeordneten erklärte der Vertreter des Departemnts für den Ueberseehandel, daß die englischen Firmen, die an der kommenden Levante-Messe in Palästina Anteil nehmen zu einer Beratung zusammentreten werden.

Am Schluß beantwortete der Kolonialminister noch zwei Anfragen über die Luft-Verbindung mit Palästina.

Frau Persitz beim englischen König

Die bekannte zionistische Führerin Palästinas Frau Schoschanah Persitz weilt seit einigen Tagen in London, um für den Fond zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina zu wirken. Bei dieser Gelegenheit wurde Frau Persitz, die bekanntlich dem kleinen judenstaatlerischen Flügel der palästinensischen Allgemeinen Zionisten angehört und im Tel-Aviver Stadtrat das Fürsorgereferat innehat, auf die Fürsprache des Kolonialministers Cunliffe-Lister hin vom englischen Königspaar im Londoner Buckingham-Palast zu längerer Audienz empfangen.

Frau Persitz gab dem englischen Königspaar eine ausführliche Schilderung vom jüdischen Aufbauwerk in Palästina.

Dr. J. Schechtmann:

Wie gegen French „gekämpft" wurde

Der French-Bericht war das Hauptverhandlungsobjekt der letzten Sitzung des zionistischen Aktionskomitees, die Ende Juli 1932 stattfand, vor einem Jahre also. Damals war der genaue Text des Berichtes noch ein großes Geheimnis. In den revisionistischen Kreisen erfuhr man zwar manches über die Hauptgrundlagen des Dokumentes; daß es einen «arabischen Entwicklungsplan» darstelle und die jüdischen Rechte und Interessen in Palästina vollständig ignoriere.

Die Zionistische Exekutive wollte aber nichts von einer offenen Demaskierung des antizionistischen Projektes wissen. Auf der Sitzung des Aktionskomitees beklagte sich dessen Präsident L. Motzkin bitterlich darüber, daß die Exekutive bei Gelegenheit des Frenchberichtes nicht die genügende Energie gezeigt habe. Motzkin wollte noch im April 1932 eine Sitzung des Aktionskomitees einberufen, um sie dem French-Anschlag zu widmen. Das wurde ihm abgelehnt, man ließ drei Monate unbenützt verstreichen — die Zionistische Exekutive beeilt sich bei solchen Gelegenheiten eben nicht.

Im Aktionskomitee selbst zeigte sich allerdings auch ein sonderbares Verhalten gegenüber dem offen — antizionistischen Dokument. Die Revisionisten verlangten klare und unzweideutige Ablehnung des ganzen French-Berichtes als solchen. Ihr Standpunkt war: dieses Dokument steht im offenen Gegensatz zum Mandat; sein Autor hätte gemäß dem Gesetz im Verlauf von 24 Stunden einfach des Landes verwiesen werden müssen, denn im Mandatslande Palästina dürfen sich nur solche Beamte befinden, die sich den Hauptbestimmungen des Mandats gegenüber loyal verhalten; das Aktionskomitee müsse daher den French-Bericht als genzes ablehnen, ohne über dessen einzelne Punkte in Verhandlungen zu treten, ohne auch mit dessen Verfasser zu polemisieren. Die zionistische Antwort gegen dieses Anti-Mandat-Dokument sei kurz und höflich: Nein, kommt nicht in Betracht! Darüber gibt es keine Diskussion, das kann nicht einmal eine Basis für weitere Verhandlungen abgeben!

Eine solche Antwort hätte jede Möglichkeit der verschiedenen Kombinationen rund um das French-Dokument abgeschnitten. Sie hätte den festen Willen des jüdischen Volkes, den French-Anschlag unbarmherzig zu bekämpfen, manifestiert. Und selbst ein so mäßiger, gewiß nicht «extremistischer» zionistischer Politiker wie der gegenwärtige Präsident der Zionistischen Weltorganisation Nahum Sokolow nahm denselben eben so würdigen wie zweckmäßigen Standpunkt ein: Ablehnen ohne Polemik!

Dagegen traten aber die Führer der «Linken» und die allgemeinzionistischen Erben der Weizmann-Politik auf. Ben Gurion, der verstorbene Dr. Arlosoroff, Prof. Brodetzky, Rev. Goldbloom und andere wandten ein: Wie könne man so mir nichts dir nichts einer englischen Regierung einfach «Nein» sagen. Wie könne man die Verwegenheit aufbringen, einen Bericht eines hohen Regierungsbeamten ohne Diskussion abzulehnen. Man müsse auf alle Punkte des Dokumentes antworten, nachweisen, daß es falsch und ungerecht sei. Seinen Vorschlägen seien unsere entgegenzustellen, seinen negativ eingestellten Behauptungen unser konstruktiver Plan. Vor allen Dingen aber soll man wegen des French-Berichtes keinen Lärm schlagen. Man dürfe seinetwegen keine Kampfatmosphäre erzeugen, weil man das in den «maßgebenden englischen Regierungskreisen» nicht will. Diese hätten die Versicherung abgegeben, daß der French-Bericht keine praktische Bedeutung habe, weil die Regierung mit ihm nicht übereinstimme. Er werde in Vergessenheit geraten, wenn man von zionistischer Seite nicht viel Wesens aus ihm machen werde, er werde in den Papierkorb wandern, kurz es werde alles «gut» werden. Das klügste sei deshalb, «akademisch» und «sachlich» zu antworten, keinen politischen Kampf um eine Sache zu führen, die ohne dies zum Absterben verurteilt ist.

Und dieser Standpunkt siegte. Die Mehrheit des Aktionskomitees ließ sich von den «beruhigenden» Erklärungen und Versicherungen der Leiter der zionistischen Politik bestimmen, den French-Bericht als solchen nicht abzulehnen, sondern in einem längern Memorandum auf ihn zu reagieren und alle von ihm angeschnittenen Fragen ausführlich zu behandeln. Die Revisionisten verlangten nun, daß die Antwort wenigstens vom Aktionskomitee selbst konzipiert werde, damit die Sicherheit gegeben sei, sie im Geist reiner Ablehnung zu halten, was ja der Stimmung der Mehrheit entspricht. Auch das wurde Abgelehnt. Die Abfassung der Antwort und die Führung des zionistischen Kampfes gegen den French-Bericht wurde zur Gänze der Zionistischen Exekutive übertragen.

*

Die englische Regierung hat ja auch nicht mehr gebraucht. Für sie war der Umstnad das wichtigste, daß die Zionistische Exekutive die Geneigtheit, auf Basis des French-Berichts zu verhandeln, nicht prinzipiell abgelehnt habe. Das war ein gutes Zeichen. Es war wieder einmal gelungen, die offiziellen zionistischen Politiker mit Versprechungen zu beruhigen. Die Zionistische Exekutive war in der Tat in einem Maße beruhigt, daß sie die Antwort auf den French-Bericht, die ihr das Aktionskomitee abzufassen auftrug, erst nach sieben Monaten der englischen Regierung übergab. Die Tagung des Aktionskomitees ging zu Beginn des August 1932 zu Ende, die zionistischen Einwände gegen den French-Bericht wurden am 10. März 1933 der Regierung übermittelt. Die Zionistische Exekutive hat eben keine Eile bei solchen Gelegenheiten.

Das glänzende Resultat der wirklich rührenden Gläubigkeit der offiziellen Führer der zionistischen Politik sehen wir jetzt: die englische Regierung hat den French-Bericht nicht in den Papierkorb geworfen. Sie hat ihn veröffentlicht und tritt an die Verwirklichung seiner wichtigsten Programmpunkte heran.

Es ist kein Wunder, daß nach einen solchen offiziellen zionistischen «Kampf» und einen solchen «Tempo» der begrabene French-Bericht fröhliche Urständ feiert.

Das Echo des French-Berichtes

Die Araber akzeptieren ihn?

Der Sekretär der Arabischen Exekutive Jamal el Husseini erklärte dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur, die Arabische Exekutive habe den French-Bericht in einem mitte März d. J. der Palästina-Regierung überreichten Memorandum abgelehnt, erstens weil er sich auf den Mac Donald-Brief stützte, zweitens, weil in ihm nicht ein absolutes Verbot der jüdischen Einwanderung und des Bodenkaufs durch Juden vorgeschlagen werde. Der Plan einer Palästina-Anleihe schaffe jedoch möglicherweise eine neue Situation. Die Arabische Exekutive werde demnächst zusammentreten, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die »zionistischen Kreise« bagatellisieren ihn ...

Es ist begreiflich, daß die «Zionistischen Kreise» auf die die Veröffentlichung des French-Berichts bekanntlich wie eine «Bombe» gewirkt hat, das Bedürfnis haben, sich von ihrer «Ueberraschung» ein wenig zu erholen. Sie wenden nun die alte Taktik an, durch allerlei Presseerklärungen, die die Tatsache der Veröffentlichung des gefährlichen Berichtes von oben herab behandeln, das zionistische Publikum zu beruhigen. So bekommt der palästinensische Berichterstatter des Warschauer «Hajnt» von «verantwortlichen Kreisen der politischen Leitung in Jerusalem» des langen und brei ten auseinandergesetzt, daß die Veröffentlichung des Berichtes nichts besage, London ihn noch nicht akzeptiert habe, der Hochkommissar Wauchope nach wie vor und eh wie je «gut» und ein Gegner Frenchs sei, daß die Antwort der Jewish Agency die Lüge von den «landlosen» Arabern für immer zerstört habe. Kurz — die Lage ist wieder einmal zufriedenstellend.

Die «politische Leitung» in Jerusalem ist, wir glauben es dem «Hajnt», zufrieden, denn ein anderer «Verantwortlicher» in Amerika ist es auch. Morris Rothenberg, der Präsident der Zionistischen Organisation Amerikas, ein Mann, der auf der letzten Convention der amerikanischen Zionisten für Weizmann mit nicht geringem Mißerfolg die Trommel rührte gibt mit Beziehung auf den French-Bericht der Jüdischen Telegraphenagentur folgendes Statement:

«Die im French-Bericht enthaltenen Ansichten dürfen nicht mit den Ansichten der Mandatarmacht verwechselt werden, weder in London noch in Jerusalem. Die jetzt erfolgte Veröffentlichung des Berichtes folgt nur dem in England gegenüber offiziellen Berichten geübten parlamentarischen Brauch.

Es gibt keine authentische Information darüber, ob die Mandatarmacht mit irgend einem Teil des Berichtes einverstanden ist oder nicht».

Dann leiert Mr. Rothenberg wieder das Lied vom High Commissioner herunter, der mit French nicht einverstanden ist usw.

So sucht eine bankrotte Politik ihr Alibi angesichts einer politischen Aktion der Mandatarmacht, die dem jüdischen Nationalheim an die Gurgel will.

Es ist nämlich nicht wahr, daß die Mandatarmacht zu «keinem Teil» des Berichtes Stellung genommen habe. Sir Cunliffe-Lister, der gegenwärtige Kolonialminister, hat sich in seiner jüngst abgegebenen Unterhauserklärung mit der French-These von den «landlosen Arabern», ausdrücklich solidarisiert und dieses perfideste Kapitel des French-Berichtes als Grund für die Notwendigkeit einer Palästina-Anleihe ausgegeben.

Wie man sieht stellen die offiziellen «zionistischen Kreise» in ihren Beruhigungs- und Bagatellisierungsfeldzug die Wahrheit gründlich auf den Kopf.

Zu den «Kreisen der politischen Leitung in Jerusalem», dem Präsidenten der amerikanischen Zionistenorganisation gesellt sich auch der politische Leiter der Zionistischen Exekutive in London, Prof. S. Brodetzky. Auch er hat der Jüdischen Telegraphenagentur eine Erklärung übergeben. Sie ist mit den beiden Paradigmen von oben identisch. Auch Brodetzky ist zufrieden und optimistisch.

Die Herren haben sich beruhigt. Sie reagieren ab. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß ihr ruhiger Gemütszustand vom zionistischen Gewissen, das mehr als unruhig zu sein Grund hat, gründlich aufgerüttelt werde...

»Schwer beleidigend«

Dr. Stephan Wise, der amerikanische Zionastenführer und Ehrenpräsident des Amerikanisch-Jüdischen-Kongresses, der gegenwärtiga uf der Reise zum Zionistenkongreß in London weilt, äußerte sich zum French-Bericht und zur geplanten Palästinaanleihe folgendermaßen:

«Mit einem Gefühl tiefster Enttäuschung liest man die Rede, die der Minister für die Kolonien Sin Philip Cunliffe-Lister im Unterhaus gehalten hat. Offenbar soll eine Anleihe aufgenommen werden, und diese Anleihe soll, wenn dies auch nicht offen erklärt wird, hauptsächlich den «dislozierten Arabern und ihrer Wiederansiedlung» zugute kommen. Welch klägliches Ende einer großen Hoffnung! Der French-Bericht ist offenkundig Gesetz für das Kolonialamt geworden. Dieser trügerische und irreführende Bericht konstruiert einen fiktiven Rechtsfall für die sogenannten landlosen Araber, deren Zahl, wie der Kolonienminister zugibt, weniger als 1000 beträgt.

Ein Minimum von Vorsorge ist, obwohl auch dies nicht ausdrücklich erklärt wird, für jüdische Siedlung getroffen.

Schon die Terminologie des Berichtes ist schwer beleidagend: Von den Arabern wird als von «Söhnen oder Eigentümern des Bodens», von den Juden als von «Immigranten» gesprochen. Wie läßt sich die Bezeichnung der Juden als Immigranten mit dem Begriff eines «Jüdischen Nationalheims» vereinbaren? In ihr eigenes Land zurückkehrende, sich dort wieder ansiedelnde Juden können gerechterweise nicht als Immigranten bezeichnet werden.

Die Vorschläge des Ministers für die Kolonien beweisen, daß Höflichkeit seitens der Palästinaregierung nicht genug ist, möge dies die Palästinaregierung auch angenommen haben.

Unsere Hoffnung muß darauf gerichtet bleiben, durch eine vereinte Anstrengung des jüdischen Volkes und des Völkerbundes die britische Regierung zu bewegen, die volle Verantwortung für die Erfüllung des Palästinamandats zu übernehmen.

Man möchte den Glauben nicht aufgeben, daß mit

den letzten Mitteilungen des Ministers für die Kolonien das letzte Wort der britischen Regierung betreffend Palästina nicht gesprochen worden ist. Man möchte innig hoffen, daß die jüngsten Aeußerungen, die Sir John Simon und Andere betreffend die Lage der Juden in Deutschland namens der Regierung getan haben, den Willen des britischen Volkes, einer möglichst großen Zahl deutscher Juden die Einwanderung nach Palästina zu ermöglichen, eher zum Ausdruck bringen, als die letzte Rede Sir Philip Cunliffe-Listers, die, auf den French-Bericht sich stützend, diese Hoffnung für eine gewisse Zeit als zu fernliegend angesichts unserer dringenden Volksnotwendigkeit erscheinen läßt».

Palästinas großer Wirtschaftsaufschwung

1. Die Regierung will ihn nicht

Die mächtig vorstoßende jüdische Wirtschaft in Palästina ist durch die Sabotage der Regierung gegen die jüdische Einwanderung in eine sehr schwierige Lage geraten. Das gesamte Aufbauwerk ist durch diese Regierungspolitik schwer bedrängt; der jüdischen Wirtschaft werden infolge Arbeitsmangels die Expansionsmöglichkeiten genommen.

Seit dem Bestehen des neuen Jischuw hat es in Erez Israel noch kein so segenreiches Jahr gegeben. Es ist dies zum ersten Mal, daß in der «toten Saison» nicht nur keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, sondern daß die Städte und die meisten Kolonien einen empfindlichen Mangel an Arbeitshänden aufweisen. Die Arbeits- und Einwanderungsämter sind außerstande, die an sie gestellten Anforderungen um neue Arbeitskräfte auch nur irgendwie befriedigen zu können. Dies geschieht in der toten Saison, wie erst in der bevorstehenden Arbeitssaison, die sich mit ungeheurer Wucht ankündigt und das ganze Jahr hindurch immer stürmischer zu werden verspricht. In den Monaten August—Dezember sollen mehr als 15.000 Dunam neuer jüdischer Pflanzungen angelegt werden, da fast sämtliche jüdische Kolonien an die Erweiterung ihrer Pflanzungsareale schreiten. Während des Novembers und Dezembers bereits setzt das Orangenpflücken ein. Fachleute schätzen den jüdischen Orangenertrag aus der kommenden Saison 1933/34 auf viereinhalb Millionen Kisten (im Vorjahr zweieinhalb Millionen) ein. Die Arbeiten in den Orangenplantagen und in den Wirtschaftszweigen, die mit ihnen zusammenhängen, werden in den nächsten Monaten Tausende neuer Arbeitskräfte erfordern.

Nicht minder bedenklich wirkt sich der Arbeitsmangel auch in den Städten aus.

In Haifa müssen zahlreiche Arbeiten im Baugewerbe und in der Industrie wegen absoluten Arbeitermangels zurückgestellt werden. In Tel-Aviv ist keine irgendwie zureichende Anzahl fachlicher, oder selbst ungelernter Arbeiter aufzutreiben, worunter auch hier insbesondere das Baugewerbe und die industrielle Entwicklung schwer zu leiden haben. Nur in Jerusalem muß die Bautätigkeit infolge Wassermangels eingeschränkt bleiben, da die Regierung ihre Zusagen bezüglich der Wasserversorgung auch diesmal nicht eingehalten hat.

In Tel-Aviv hat die Bautätigkeit schon jetzt die optimistischen Schätzungen weit übertroffen. Im Mai dieses Jahres erteilte das städtische Bauamt Baulizenzen auf einunddreißigtausend Quadratmeter (gegenüber 6.351 im gleichen Monat des Vorjahrs) und im Juni erstrecken sich diese Baubewilligungen auf 30.000 Quadratmeter (gegenüber 6.287 Quadratmeter im Juni 1932). Innerhalb des ersten Halbjahres 1933 sind insgesamt Baubewilligungen für mehr als 135.000 Quadratmeter (gegenüber 41.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) vergeben worden. Maßgebende Stellen sehen für die nächsten Monate eine noch höhere Bautätigkeit voraus. Wenn man bedenkt, daß die verbaute Gesamtfläche Tel-Avivs bis anfangs 1933 etwa 800.000 Quadratmeter umfaßte, so ergibt sich ein bauliches Wachstum Tel-Avivs um rund ein Sechstel innerhalb des verflossenen Halbjahres. Es bereitet allen die größte Sorge, wie dieses Bauprogramm beim gegenwärtigem vollständigem Arbeitermangel bewältigt werden kann. Daneben wird bereits an die Errichtung der Messe für den nahen Orient geschritten, wofür allein etwa fünfhundert Arbeiter benötigt werden. Indessen dringt die Baubewegung schon über das derzeitige Grenzgebiet der Stadt hinaus. Neue Wohnviertel sind in der Umgebung von Ramat-Gan und Bene-Berak im Entstehen, es werden dort auch Neubauten für neue industrielle Unternehmungen errichtet, ebenso große Privatbauten und etwa einhundertfünfzig Arbeiterhäuser.

Das gleiche Bild von Aufschwung und Erweiterung zeigt sich auch im Gewerbe und Handwerk.

Der aussichtsreichste Zweig ist hier die Weberei. Nebst immerzu neuentstandenen kleineren Werkstätten bei gleichzeitigem unaufhörlichem Wachstum früherer Gründungen wird demnächst mit einer Reihe neuer Werkgründungen begonnen werden. So hat der Industrielle Sachs seine Maschinen bereits ins Land geschafft, er geht nun baldigst an die Fabrikation von Seide in seinen Betrieben in Ramat-Gan heran. Es werden auch schon Fabriken für Trikots und Trikotagen gebaut, wofür viele Hunderte Arbeiter und Spezialisten benötigt werden.

Im Schlossereigewerbe konnte man letztens in den meisten Betrieben die Arbeiterzahl verdopppnln; hier geht die Expansion unaufhaltsam vor sich.

Das viele Pflanzen und Bauen erfordert für die Vervollkommung der Erzeugung und für die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland immer mehr metallische und maschinelle Geräte, um die Märkte für unsere Produktion zu erweitern. Man bereitet schon Neugründungen für Maschinenbau und Metallgießereien vor, nur ist hier der sehr empfindliche Mangel an Facharbeitern vorläufig nicht behoben. Auch die Tischlerei entwickelt sich im gleichen Tempo. Es schweben jetzt Verhandlungen wegen Errichtung eines ganz großen Werkes auf diesem Gebiete. Das Konsumgewerbe geht einem großen Aufschwung entgegen. Unternehmungen für die Erzeugung von Schokoladen und chemische Produkte befinden sich im Bau, die Errichtung von Produktionsstätten für Bier und Glas sind in Vorbereitung.

Auch Haifa hat ein starkes Anwachsen der gewerblichen Entwicklung zu verzeichnen. Die Werkstätten nehmen immer mehr Arbeitskräfte in Anspruch. Die Zementfabrik «Nescher» geht daran, ihr Arbeitspensum zu erhöhen und die Produktion zu erweitern. In der Peripherie Haifas wird die Errichtung einer Fabrik für Silikatziegel in Angriff genommen.

Paralell damit geht die erweiterte innere Aufnahmsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Siedlungen und Betriebe. Etwa 1500 jüdische Einwanderer aus Deutschland sollen hier Arbeit, Schulung und Lebensunterkunft finden. Diese Zahlen wurden bisher in keine Kalkulation für neue Alijah aufgenommen.

Hiezu kommen die öffentlichen Arbeiten von Regierungswegen, für die heuer beträchtliche Summen aus dem Landesbudget für Tausende von Arbeitskräften zur Verfügung stehen. Alle Jahre hindurch ist die Regierung dem brennendem Problem jüdischer Arbeitsuchender bei vom Staate vergebenen Arbeiten mit leeren Versprechungen ausgewichen. Der Jischuw wird jedoch auf dieses Recht nicht verzichten, wir werden den Kampf solange fortsetzen, bis dem jüdischen Arbeitnehmer sein Recht auf Arbeit auch in den staatlichen Unternehmungen in vollem Maße gewährt wird.

Die bewilligten Einwanderungszertifikate vermögen nicht einmal ein Minimum des großen Arbeitsbedarfes zu decken. Es ist dringend geboten aus diesem sonderbaren Zustande einen Ausweg zu finden. Ist es denkbar, daß die Regierung der jüdischen Wirtschaft den Weg zu Gedeih und Aufstieg versperren will? Hat diese Regierung, nach den schönen Reden von der Tribüne des englischen Parlaments über das Los der deutschen Juden noch irgend ein Recht vor jüdischen Einwanderern die Tore ihres Vaterlandes zu versperren, dies obendrein in einer Zeit reichlich vorhandener Aufnahmsfähigkeit und sicherer Möglichkeit, wirtschaftlich Fuß zu fassen?

2. Der »Haolam« beschwichtigt

Diese wuchtige Anklage gegen die Palästinaregierung steht im «Haolam» als erfreulicher Ausnahmsfall, daß manchmal auch im zionistischen Offiziosus mit revisionistischer Zunge gesprochen werden kann. Schade nur, daß der Haolam-Allgewaltige, der Redakteur Kleinmann, von seinem Beschwichtigungsgewerbe auch diesmal nicht lassen konnte. Eine redaktionelle Bemerkung fährt dem Verfasser (Frumkin) ins Wort und präsentiert sich als beabsichtigte Abschwächung der Anklage zwecks Verteidigung der Regierung.

Die Redaktion des Haolam verteidigt übrigens nicht bloß die Palästinaregierung. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant zu bemerken, daß sie es in derselben Nummer auch gegenüber dem Marxismus und dem Klassenkampf tut. Herr Locker doziert da über Marxismus und jüdische Prophetie. Es wird nichts geringeres bewiesen, als daß Klassenkampf, Klassenherrschaft und Marxistische Gewaltmethoden eins seien mit dem universellen sozialen Ethos und der absoluten Gerechtigkeit von Jesaias und Amos. Ein zionistischer Offiziosus in hebräischer Sprache, der Jesaias und Amos und die anderen jüdischen althebräischen Propheten mit Marx und Lenin identifiziert — ist schon mehr als ein Unikum.

Die Ballade von Trumpeldor

Ben-Chorin:

Die Nacht war still.
Der Regen lag
Triefend auf dem Galil...
Ein schmaler Streif im Osten: der Tag
Rot auf die Felder fiel.

Einer stand ragend in der Nacht
Wie die Terebinthe im Hain:
Mit Pflug und Waffe, so hielt er die Wacht —
Ein Grenzpfahl im Zwielichtschein.

In seinem Blute schwoll der Gesang
Verklungener Schlachten an...
Ein Klirren und Schwirren im Morgenwind klang
Und das Stapfen von vieler Füße Gang
An des Lauschenden Ohr von Ferne drang —
Die Wipfel neigten im Frührot sich bang:
Horch Hufschlag und Pferdegespann!

Und es hallte heiser zu blutigem Gruß
Der Beduinen Geschrei. — — —
Nehmt Deckung! schon krachte der erste Schuß
Hin über das Feld von Tel-Chaj.

Zwei rasende Tage und eine Nacht
Im Feuer stand Trumpeldor.
Zum ersten Mal — in dieser Schlacht
Schrie er — der aller Gefahr gelacht —
Wild auf in Gottes Ohr:

»ADONAI, gib mir meinen Arm zurück,
Meinen Arm von Port-Arthur:
Gib mir von meinem Leib dies Stück
Auf eine Stunde nur!«

Und gegen dreifache Uebermacht
Stand er im Feld mit den Seinen. — — —
Vergessen war die durchwachte Nacht.
Das Lagerfeuer ward ausgemacht,
Und hingestreckt lag in all seiner Pracht
Das Land, dem er sich zum Opfer gebracht
In der jungen Sonne Scheinen.
— — — — — — — — — — — — — —

Die Sonne sank und der Abend stieg auf,
Der letzte für Trumpeldor.
Im Dämmerlicht einer Büchse Lauf
Seine Brust zum Ziel sich erkor.

Still, wie das Land ging Trumpeldor heim.
Auf dem Boden, den er gepflügt
Lag er in der sinkenden Blutsonne Schein
Die Lippen ins Erdreich gedrückt.

Ueber ihm eine Vogelschar
An brennendem Himmel flog,
Sein letztes Wort war: »en dawar«
Es spielte der Wind mit des Sterbenden Haar.
Und ein Raunen von Untergang, Tod und Gefahr
Hinunter ins Emek zog.

Das ist die Ballade von Trumpeldor,
Dem Helden von Tel-Chaj,
Der bei Port-Arthur seinen Arm verlor. —
Noch klingt sein letztes Wort uns im Ohr:
»En dawar« — vorbei, vorbei...

Der Hafen Haifa ab 1. August d. J. benutzbar

Die Bau- und Baggerarbeiten im Hafen von Haifa sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß das Hafenbecken vom 1. August an von Schiffen mit einer Wasserverdrängung bis zu 18.000 Tonnen benutzt werden kann. Die neuen großen Zoll- und Lagerhäuser sind bereits teilweise in Betrieb genommen worden. Am Kai kann allerdings zunächst immer nur ein Schiff anlegen, von Ende August an können gleichzeitig vier Schiffe dort festmachen.

Die feierliche Eröffnung des Hafens durch den britischen Oberkommissar des Mandatsgebietes Palästina wird, wie schon mitgeteilt, entweder am 31. Oktober oder am 1. November dieses Jahres stattfinden. Man erwartet, daß der Prinz von Wales den Eröffnungsfeierlichkeiten beiwohnen wird.

Die Wasserversorgung Jerusalems

Die Palästina-Regierung teilt soeben mit, daß die neue Wasserversorgung Jerusalems sofort in Angriff genommen wird. Die Ausgaben werden zunächst aus den Ueberschüssen des palästinensischen Staatsschatzes gedeckt werden, später sollen Mittel der geplanten Palästina-Anleihe hierfür herangezogen werden. Die ausreichende Wasserversorgung Jerusalems ist seit langer Zeit eines der dringendsten Bedürfnisse für die Entwicklung der palästinensischen Hauptstadt.

Der Text des French-Berichtes

Wir haben über die Erklärungen des gegenwärtigen britischen Kolonialministers, die er über die Absichten der Regierung bezüglich des Frenchplanes und einer geplanten Palästinaanleihe im englischen Unterhaus machte, berichtet. Im nachstehenden geben wir nun in ganz großen Umrissen den famosen French-Plan selbst wieder und schließen die in einem Dokument niedergelegte, dem French-Plan gewidmete Antwort der Jewish Agency an.

Die erklärte Politik der Regierung, heißt es im French-Bericht, zielt auf eine dichtere Siedlung der gegenwärtigen und künftigen Bevölkerung Palästinas ab. Dichtere Siedlung bedeutet höher entwickelte Landwirtschaft: d. h. Uebergang von der Kultur im Preise tiefstehender Produkte zu rentablerem Obstbau, wie Citrus- und Bananenkultur; Milchwirtschaft; Viehzucht, Geflügel- und Eierproduktion. Von vornherein erscheinen diese Ziele bewunderungswürdig; doch darf Idealismus nicht blind sein für das schwere Risiko, das mit solcher Politik verbunden ist.

Selbstverständlich kann auch die Frage der A b s a t z m ä r k t e, ein wesentlicher Begleitumstand resp. eine Folgeerscheinung großer Entwicklungspläne nicht außer Acht gelassen werden; angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse in der Welt könne aber diesbezüglich keine bestimmten Entscheidungen getroffen, keine politischen Richtlinien vorgezeichnet werden.

Jeder Siedler auf Regierungsboden, heißt es im French-Bericht weiter, solle «Regierungspächter» bleiben, d. h. nur im Falle bestimmter Verfehlungen gegenüber dem Bodeneigentümer aus seinem Besitz entfernt werden können, und nicht berechtigt sein, seinen Boden zu verkaufen oder dauernd zu übergeben. Die Befolgung des vom Jüdischen Nationalfonds auf seinen Ländereien befolgten Prinzips werde es verhindern, daß jemals ein unter den Auspizien der Regierung angesiedelter Araber oder Jude «landlos» werde.

In den für dichte Siedlung geeigneten Gebieten — Huleh-Becken, Beisan-Distrikt, Jordantal, Beerscheba-Gebiet — müsse sich die Regierung, eventuell durch Enteignung, die Kontrolle über Boden und Wasser sichern und diese zum bestmöglichen Vorteil aller und unter möglichst geringer Beeinträchtigung der gegenwärtigen Bodenbesitzer neu aufteilen. Die einzig mögliche Alternative gegenüber diesem System, nämlich freier Bodenkauf und -Verkauf, würde das Problem des «landlosen Arabers» abermals — und dann zu spät — erstehen lassen.

Für die Ansiedlung von «Staatspächtern» schlägt French zweierlei Methoden, je nachdem es sich um «dislozierte» Araber oder um Juden handle, vor. Jene müssen als «Söhne des Bodens» auf dem Lande «ihrer Heimat» angesiedelt werden (Government will replace him, as a son of the soil, on the land of his country) und Haus, Wirtschaft und Inventar erhalten, während es bei jüdischen Einwanderern genüge, ihnen zu angemessenen Bedingungen das Niederlassungsrecht zu verkaufen. Die Siedler mit Wohngelegenheiten und Wirtschaftsmitteln zu versorgen, solle wie bisher den jüdischen Organisationen überlassen bleiben. Der einzige Unterschied, meint French, sei der, daß die Regierung vom Araber nach entsprechender Zeit «sicherlich» alle ihre Auslagen rückerstattet bekommen wird, während sie vom jüdischen Siedler nur den Preis des entwickelten Bodens erhalten wird; den von ihnen vorgestreckten Teil der Ansiedlungskosten müßten die jüdischen Körperschaften eintreiben.

Gegen Verkäufe überschüssigen Bodens arabischer Großgrundbesitzer an Juden, Verkäufe, die, wie er zugibt, in manchen arabischen Kreisen nicht ungern gesehen werden, wendet sich French mit der Begründung, daß solche mit der Gefahr der Erstarkung der Großbetriebe auf Kosten der kleinen Besitzer, die vollständig und dauernd von ihrem Boden verdrängt werden würden, verbunden seien.

Dieser Gefahr müsse durch ein Grundstücksübertragungsgesetz vorgebeugt werden. Ein solches Gesetz bedeute keineswegs «Unterbindung weiterer Bodenkäufe durch Juden», sondern nur Kontrolle von Bodenverteilung und -übertragung während der auf mehrere Jahre sich erstreckenden Durchführung eines Siedlungsplans. Es sei nicht einzusehen, warum unter einem solchen

Gesetz, sobald klare Instruktionen darüber erteilt seien, in welcher Weise die Regierung diese Kontrolle durch die Landentwicklungsbehörde zum Vorteil der Araber ebenso wie zu dem der Juden ausgeübt zu sehen wünsche, Schutz der einen Rasse und legitime Ansprüche der anderen nicht gewährleistet sein würden.

Zur Frage, wie geschlossene Siedlung von Juden entsprechend der Politik der englischen Regierung erleichtert werden könnte, führt French aus: Die einzigen für dichtere Siedlung möglicherweise geeigneten Gebiete, d. h. solche, von denen man weiß, daß sie bewässerbar sind, sind a) Teile der Küstenebene, b) Beisan, c) Huleh und d) ein Teil des Jordantals. Ein weiteres derartiges Gebiet könnte der Beerscheba-Distrikt werden, wenn die jetzt vorgenommenen Probebohrungen das Vorhandensein von Grundwasser in genügender Menge zur Anlage artesischer Brunnen ergeben sollten.

Die übrigen Gebiete könnten, die technische Möglichkeit ihrer Bewässerung und damit ihre Fähigkeit, rentable Ernten zu produzieren, vorausgesetzt, die Wiederansiedlung landloser Araber und die Kolonisierung einwandernder Juden durch allmähliche eine Reihe von Jahren erfordernde Entwicklung ermöglichen; damit würde der Druck auf die westlichen Teile Palästinas erleichtert werden.

Die Forderung nach baldiger Reorganisierung der bestehenden Siedlung im Beisan- und Huleh-Gebiet und nach Neukolonisierung der einzigen großen Gebiete im Lande, nämlich derjenigen im Jordantal — drei Projekte, die dauernd stärkstes Interesse bei den Juden finden — ist von einem gewissen Standpunkt wohl zu verstehen; aber diese Forderung gründet sich auf höchst optimistische Erwartungen.

Bezüglich unmittelbarer Hilfe für jüdische Organisationen in der Kolonisationsarbeit muß daran erinnert werden, daß diese Körperschaften zugegebenermassen über 40.000 Dunam Bodenreserven haben, die noch kolonisiert werden sollen. Die jüdischen Behörden sind der Meinung, daß Beihilfe bei Konsolidierung oder Ameliorierung bestehender oder in Gründung befindlicher Kolonien keine richtige Verwendungsart des Entwicklungsfonds darstellen würde. Die Jewish Agency glaubt, daß, wenn der Entwicklungsfonds überhaupt zu direkter Kolonisation verwendet werden soll, dies durch Errichtung neuer Siedlungen geschehen solle. Was jüdische Siedlungen betrifft, so stimme ich dieser Meinung bei. Ein Eingreifen der Regierung in die innere Wirtschaft bestehender oder in Errichtung befindlicher Kolonien wäre von jedem Gesichtspunkt aus unerwünscht.

French unterzieht den Plan der Jewish Agency einer eingehenden Kritik und kommt zu dem Schlusse, daß er seine Annahme nicht empfehlen könne. Er erklärt, es stehe außer Zweifel, daß die palästinensische Landwirtschaft nicht die hohen Zinsen würde bezahlen können, die eine solche Bank zur Deckung ihrer Auslagen und Verluste festsetzen müßte.

Die Antwort der Jewish-Agency

Unmittelbar nach dem Erscheinen des French-Berichtes wurden die Einwände der Jewish Agency veröffentlicht. Sie sind in Form eines Briefes gehalten. Es heißt darin:

Die Exekutive der Jewish Agency sieht sich genötigt zu erklären, daß sie in der im French-Bericht dargelegten Politik nicht die Aufstellung eines Planes erblicken kann, wie er anscheinend von der Regierung Seiner Majestät in Aussicht genommen war, als in dem am 13. Februar 1931 an Dr. Weizmann gerichteten Brief des Ministerpräsidenten Bezug genommen wurde auf «die umfangreichen Ziele der Entwicklung, die die Regierung Seiner Majestät als das wirksamste Mittel zur Förderung der Errichtung eines Nationalheims für die Juden erachtet». Die Berichte Mr. French's scheinen auf falschen Voraussetzungen zu beruhen. Sie gehen fortwährend von Befürchtungen statt von Tatsachen aus. Sie sind im ganzen in konstruktiver Hinsicht steril und gehen gründlich fehl in ihren Vorschlägen betreffend eine restriktive Gesetzgebung. Sie sind auf der trügerischen Annahme aufgebaut, daß eine die jüdische Initiative in Fesseln legende Politik denjenigen, der eine solche Politik vertritt, der Pflicht enthebe, positive Wege und Methoden für die Förderung von Juden oder Arabern aufzuzeigen. Die unterzeichnete Exekutive ist daher zu dem Schlusse genötigt, daß diese Berichte nicht als Grundlage einer Land- und Entwicklungspolitik in Palästina, bei deren Durchführung zu kooperieren die Jewish Agency in der Lage wäre, akzeptiert werden können.

Der Brief weist Frenchs Behauptung von einer «Dislozierung» von Arabern als falsch zurück und fährt fort:

Die große Masse des jüdischen Volkes trägt die Leiden eines furchtbaren Kampfes um seine Existenz. Pauperisiert in Sowjetrußland, in den osteuropäischen Ländern aus seinen wirtschaftlichen Positionen geworfen, in Mitteleuropa von einer Flut des Antisemitismus bedrängt, von der Rationalisierungskrise in den Vereinigten Staaten bedroht, findet es kaum irgendwo einen Lichtstrahl. Aus den Reihen dieser Masse kommen zu Hunderten und Tausenden diejenigen, die ihre Pfennige zu unseren nationalen Fonds beisteuern. Gemessen an den Bedürfnissen des jüdischen Volkes, an der Not der Massen, an der wirtschaftlichen Notwendigkeit von Wanderung und Siedlung, war der Zionismus stets eine arme, sich hart abmühende Bewegung. Gegenwärtig warten etwa 7000 landwirtschaftliche Arbeiter, die fünf bis zehn Jahre auf privaten Pflanzungen gearbeitet haben, auf Ansiedlung. 40.000 junge Männer und Mädchen sind in den Chaluzorganisationen verschiedener Länder organisiert, schulen sich für Palästina ohne die bestimmte Aussicht, hier mit Land und Inventar ausgestattet zu werden. Könnten sie absorbiert werden, so würden weitere Zehntausende um die gleiche Hilfe bitten. Im Verhältnis zu einer derartigen Aufgabe sind unsere «Körperschaften» nicht «reich und mächtig», sondern eher nicht ausreichend und stehen unter starkem Druck. Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß die jüdischen Kolonisationsinstrumente nicht die profitjagenden Unternehmungen auf die Ausbeutung billiger Eingeborenenarbeit sich stützender priviligierter Gesellschaften sind, sondern daß sie den Zwecken des öffentlichen Wohles im höchsten Sinne des Wortes dienen, indem sie einwandernden Arbeitern und Handwerkern landwirtschaftliches Inventar, Behausung und Kreditmöglichkeiten bieten.

Der Landentwicklungsdirektor ist an die jüdische Seite des Problems nicht unter dem Gesichtspunkt des Mandates herangetreten, das der Mandatarmächt die positive Verpflichtung auferlegt, die Errichtung des Jüdischen Nationalheims — ein Ausdruck, der im Vokabular Mr. French's nicht vorkommt — zu sichern. Statt im Lichte objektiver Tatsachen einzusehen, daß in der Aufgabe des Mandats, die Errichtung des Jüdischen Nationalheims aktiv zu fördern bei gleichzeitiger Förderung der Wohlfahrt aller Einwohner Palästinas, nichts Widerspruchsvolles oder Unvereinbares liegt, scheint Mr. French weiterhin von der Annahme eines Antagonismus zwischen den beiden Teilen des Mandats auszugehen. Dieser, von Grund aus falsche Gedanke muß notwendig zu unfruchtbaren Argumenten führen. Mit ihm als Basis kann nie und nimmer eine konstruktive Politik ausgearbeitet werden. Eine Auffassung, derzufolge alles, was dem jüdischen Siedler nützen könnte, notwendigerweise sich als schädlich für den arabischen Bauern erweisen müsse, während jegliche Einschränkung jüdischen Unternehmungswillens und Fortschritts automatisch zum Schutz für den arabischen Nachbarn werde, kann nur zu einem Programm führen, das statt ein Instrument der Entwicklung zu sein, zu einem Mittel werden muß, diese zu obstruieren.

Nachdem die Erwiderung sodann die vollständige Wertlosigkeit der praktischen Vorschläge Frenchs über jüdische Siedlung festgestellt hat, macht sich die Jewish Agency erbötig, selbst einen E n t w i c k l u n g s p l a n der Regierung zu unterbreiten.

Kongreßausgabe des „Judenstaat"

„Der Judenstaat" hat alle Vorbereitungen getroffen um seine Leser und Freunde über die Tagung des 18. Zionistenkongreßes in Prag rasch und in erschöpfenden Ausmaß informieren zu können.

Nach Prag entsandte Spezialberichterstatter werden auf kürzestem Wege (durch Flugpost, Telephonate und Telegramme) unsere Leser vom Verhandlungslauf des Kongreßes und von den internen Vorgängen auf dieser für die Judenheit bedeutsamsten politischen Tribüne in unmittelbare Kenntnis setzen.

Die Führer der revisionistischen Fraktion und der ihr befreundeten Gruppen werden in eigenen Aufsätzen und Gesprächen mit unseren Korrespondenten die Situation auf dem Kongreß und dessen Resultate beleuchten.

Die Kongreßnummern des „Judenstaat" erscheinen während der ganzen Tagung des Kongreßes in einem Zwischenraum von 2—3 Tagen.

Trotz des mehrmaligen Erscheinens und der aus der Spezialberichterstattung erfließenden bedeutenden Mehrkosten haben wir für unsere A b o n n e n t e n einen äußerst g e r i n g e n Z u s c h l a g festgesetzt. Dieser Zuschlag beträgt:

Für O e s t e r r e i c h S —.50, f ü r d i e T s c h e c h o s l o w a k e i Kc 3.—, für P o l e n Zl. —.60, für D e u t s c h l a n d Mk —.40, für die S c h w e i z u n d d a s ü b r i g e A u s l a n d Schweizer Franc —.50.

Um aber auch unseren Lesern, die nicht direkte Abonnenten sind, Gelegenheit zu geben, in den raschen Bezug der Kongreßnummern zu gelangen, errichten wir ein spezielles K o n g r e ß n u m m e r n a b o n n e m e n t, und zwar zum Preise von: für O e s t e r r e i c h S 1.—, für die T s c h e c h o s l o w a k e i Kc 6.—, für P o l e n Zl. 1.20, für D e u t s c h l a n d Mk —.80, für die S c h w e i z und das ü b r i g e A u s l a n d Schweizer Franc 1.—.

Das Kongreßnummernabonnement ist bis spätestens 10. August 1933 durch Ueberweisung des oben genannten Betrages anzumelden (in Oesterreich: Landesverband der Zionisten-Revisionisten, Postsparkassenkonto Nr. B 11.035, in der Tschechoslowakei: Gustaw Margulies, Postscheck 52.587, in Deutschland: D. Halpern, Berlin S 14, Annenstraße 15).

Einzelpreis jeder Kongreßnummer S —.25.

Administration »Der Judenstaat«

Aus der revisionistischen Weltbewegung

Das Exekutivsekretariat der Weltunion der Zionisten Revisionisten in Warschau erläßt folgende Verlautbarung:

I. Revisionistische Vorkonferenz.

Das Exekutiv-Sekretariat erinnert daran, daß am 19. August, um 8. Uhr abends, die Vorkonferenz aller revisionistischen Delegierten des XVIII. Zionistenkongresses eröffnet wird.

Das Exekutiv-Sekretariat ersucht alle Landesorganisationen, ihm sofort die Namen der in ihren Ländern gewählten revisionistischen Delegierten mitzuteilen und dafür Sorge zu tragen, daß diese rechtzeitig in Prag eintreffen und sich bei dem Kongreßbüro des Exekutiv-Sekretariats melden.

II. Revisionistisches Kongreßbüro.

Vom 1. August an beginnt in Prag, im Kongreßgebäude, das vom ExekutivSekretariat eingerichtete Kongreßbüro zu funktionieren. Alle Landesorganisationen und einzelne Gesinnungsgenossen können sich vom 1. August an mit Kartenbestellungen, Anfragen über Reise- Visum- Unterkunfts- und Aufenthaltsbedingungen an dieses Büro wenden. Die Adresse lautet:

Kongreßbüro des Exekutiv-Sekretariats der Zionisten-Revisionisten, Praha I, Celetna ul. 31.

IV. Informationen für die Kongreßteilnehmer.

Aus allen Ländern informiert man das Exekutiv-Sekretariat, daß zahlreiche Gesinnungsgenossen zu der Tagung des XVIII. Zionistenkongresses zu fahren beabsichtigen. Wir geben nachstehend einige wichtige Informationen über die Visum- Fahrt- und Aufenthaltsbestimmungen:

Visaerleichterungen.

1. Visumfreiheit besteht für die Einreise nach der CSR bei Angehörigen folgender Staaten: Belgien, Dänemark (Island); Danzig, Deutschland, England (die Kolonien und Mandatsländer ausgenommen), Estland, Finland, Frankreich (die Kolonien und Mandatsländer ausgenommen), Holland, Irland, Italien, Japan, Jugoslavien, Kanada, Litauen, Lettland, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Saargebiet, Schweden, Schweiz, Spanien, Uruguay, Vereinigte Staaten.

2. Sämtliche übrige Kongreßteilnehmer, die im Besitze eines gültigen Passes sind, erhalten das tschechoslowakische Visum von den zuständigen tschechoslowakischen Konsulaten kostenlos unter Vorlage unserer Kongreßlegitimation, die sich auf den Erlaß des Außenministeriums vom 12. Juli 1933, Nr. 79,057/V—4/1933, bezieht, für die Dauer vom 20. Juli bis 8. September 1933. Diese Kongreßlegitimation ist bei den zionistischen Landes- und Sonderverbänden kostenlos erhältlich; in dringenden Fällen wende man sich an das Kongreßbüro direkt.

3. Inhaber von Nansen-Pässen und Staatenlose, die über ein giltiges Ausreisedokument verfügen, und deren Rückreise in den Herkunftsstaat oder Weiterreise in einen dritten, der CSR angrenzenden Staat gesichert ist, erhalten gleichfalls gegen Vorweisung der erwähnten Kongreßlegitimation das tschechoslowakische Visum von den zuständigen tschechoslowakischen Konsulaten gebührenfrei. Jedoch wird das tschechoslowakische Konsulat vorher auf telegraphischem Wege auf Kosten des Petenten bei den tschechoslowakischen Zentralbehörden rückfragen. Die Erledigung wird binnen zwei Tagen erfolgen.

Fahrpreisermäßigungen.

Alle Kongreßteilnehmer erhalten auf den tschechoslowakischen Staatsbahnen ab Grenzstation eine Fahrpreisermäßigung von 33% auf Grund einer Kongreß legitimation, die zum Preise von Kc 1.— für die Kontrollmarke bei den zionistischen Landes- und Sonderverbänden erhältlich ist. Diese Legitimation ist außerdem mit einem Stempel (je nach den Wagenklassen verschieden) zu versehen, welcher an den Grenzbahnhöfen in Bahnhoftrafiken (Tabakverschleiß) oder beim Portier erhältlich ist.

Die Fahrpreisermäßigung gilt vom 1. August bis zum 15. September 1933.

Alle näheren Bestimmungen können der Legitimation selbst entnommen werden.

Devisenbestimmungen.

Beim Grenzübertritt müssen die mitgebrachten Gelder, Schecks, Wechsel usw. vom Grenzzollorgan im Reisepaß eingetragen werden, damit sie evtl. in gleicher Höhe wieder aus der CSR ausgeführt werden können.

Es wird ausdrücklich auf die Vorschrift im Devisengesetze verwiesen, wonach die Einfuhr von Wertpapieren in die CSR nur mit vorher eingeholter Zustimmung der tschechoslowakischen Nationalbank möglich ist.

Gastkarten.

Im Vorhinein werden nur Permanenzkarten abgegeben. Die Preise der Plätze sind wie folgt festgesetzt:

1. Kategorie Kc 500.—. 2. Kategorie Kc 350.—. 3. Kategorie Kc 250.—. 4. Kategorie Kc 150.—.

Zur Orientierung werden schon heute die Preise für Tageskarten mitgeteilt, und zwar:

Eröffnungssitzung:

1. Kategorie Kc 150.—. 2. Kategorie Kc 100.—. 3. Kategorie Kc 80.—. 4. Kategorie Kc 40.—. 5. Kategorie Kc 20.—. Stehplatz Kc 12.—.

Tageskarten:

1. Kategorie Kc 60.—. 2. Kategorie Kc 35.—. 3. Kategorie 25.—. 4. Kategorie Kc 15.—. Stehplatz Kc 6.—.

Stehplätze werden nur als Tageskarten ausgegeben.

Wohnungsamt.

Das offizielle Kongreß-Wohnungsamt, welchem die Prager Mustermesse ihre freundliche Mitarbeit zugesagt hat, vermittelt allen Kongreßteilnehmern Wohnungen in Hotels und Privatlogis. Kongreßgäste, die die Vermittlung des Wohnungsamtes in Anspruch nehmen wollen, werden gebeten, mittels Karte ein Merkblatt und Anmeldeformular für Quartieranweisungen anzufordern. Zur Deckung seiner Spesen hebt das Wohnungsamt pro Bett eine Vermittlungsgebühr von Kc 10 ein.

Es empfiehlt sich dieses Merkblatt möglichst bald anzufordern.

Teilnahme Jugendlicher.

In Berücksichtigung der besonderen Sprachverhältnisse in Prag wird das offizielle Kongreßbüro diesmal hauptsächlich Jugendliche der tschechoslowakischen Bünde über 16 Jahre als Ordner beschäftigen, darüber hinaus im Innendienst des Kongresses eine geringe Anzahl ausländischer Jugendlicher, falls hierfür Bedarf sein sollte. Vergütungen an Ordner bezw. jugendliche Kongreßteilnehmer werden in keinerlei Form gewährt.

Jedoch verspricht das offizielle Kongreßbüro bemüht zu sein, durch Versorgung billiger Quartiere und Verpflegung Jugendlichen die Teilnahme an dem Kongreß zu erleichtern. Die Tagesausgaben können mit Kc 20.— bis 30.— beziffert werden.

Zu diesem Zwecke verspricht das offizielle Kongreßbüro zur Eröffnungssitzung eine größere, für die übrigen Sitzungen eine Zahl von je 100 Gratiskarten täglich zur Verteilung zu bringen.

Die Jugendbünde werden ersucht, dem Kongreßbüro möglichst bald eine Liste ihrer Kongreßteilnehmer bekanntzugeben (Name, Termin des Aufenthaltes in Prag), damit das Kongreßbüro die nötige Anzahl von billigen Quartieren bereitstellen kann. Anmeldungen, die nach dem 15. August d. J. einlangen, können nicht berücksichtigt werden.

Aguda verlangt Zertifikate

Der neue orthodoxe Oberrabbiner in Palästina J. H. Duschinsky hatte vor seiner Abreise nach Jerusalem eine längere Audienz beim englischen Gesandten in Prag Edison, bei der er die Wünsche und Forderungen der jüdisch-orthodoxen Organisation Agudath Jisroel vortrug.

Zwei Fragen wurden vornehmlich besprochen, und zwar die Einwanderung orthodoxer Juden nach Palästina und die Forderungen der Orthodoxen bezüglich der Organisierung der jüdischen religiösen Gemeinden in Palästina.

Eine zweite Konferenz hatte der Jerusalemer Agudah-Führer Rabbiner Mosche Blau mit dem Prager englischen Generalkonsul Nicolson. Diese Verhandlungen waren ebenfalls der Einwanderungsfrage gewidmet, nämlich der Erteilung von Blanko-Zertifikaten für agudistische Einwanderer nach Palästina und speziellen Zertifikaten für eine bestimmte Anzahl von Jüngern der Jerusalemer Jeschiwa des Oberrabbiners Duschinsky. Diese speziellen Zertifikate wurden für sofort zugesagt. Rabbiner Blau hatte in denselben Fragen auch Gespräche im tschechoslowakischen Außenamt und mit dem gewesenen tschechoslowakischen Konsul Jerusalems Dr. Fritz, der gegenwärtig im Prager Ministerium für Aeußeres ein hohes Amt bekleidet.

Lebensversicherungsgesellschaft »Phönix«

Die 50. ordentliche Generalversammlung ist heute abgehalten worden; von Feierlichkeiten aus diesem Anlasse wird in der jetzigen Zeit abgesehen. Der Versicherungsbestand Ende 1932 umfaßt 845.706 Polizzen mit S. 2,685.748.380.— versicherter Summe und S. 4,278.331.— jährlicher Rente. Die Prämieneinnahme beträgt S. 150,512.096.99, die Erträgnisse der Kapitalsanlagen S. 28,740.800.83. An Versicherte und deren Hinterbliebene wurden S. 60,181.396.21 ausgezahlt. Der Grundbesitz der Gesellschaft im Gesamtwerte von S. 82,717.233.70 umfaßt 117 Realitäten. Der Wertpapierbesitz beträgt S. 240,622.383.66, wovon S. 229,061.244.94 auf festverzinsliche Anlagewerte und S. 11,560.538.72 auf Anteile von Notenbanken, diverse Aktien und Beteiligungen an Versicherungsanstalten entfallen. Die Hypothekardarlehen haben sich auf S. 30,413.419.50 und die Darlehen auf eigene Polizzen auf S. 55,306.794.40 erhöht. Die gesamten Gewährleistungsmittel der Gesellschaft betragen S. 526,946.302.46. In der Gruppenversicherung (gemeinsam mit der Metropolitan Life Insurance Company in New York) ist 42.439 Angestellten und Arbeitern Versicherungsschutz für rund S. 64,000.000.— geboten worden. Die kostenlose ärztliche Gesundheitsbeitragung der Versicherten wurde ausgestaltet. Die in- und ausländischen Versicherungsanstalten, an denen die Gesellschaft durch Aktienkapital und gemeinsam mit der Prudential Assurance Companv Ltd. in London durch Rückversicherung beteiligt ist, haben sich befriedigend entwickelt. Nach Abrechnung der an die Versicherten ausgeschütteten Gewinnanteile ergibt die Jahresrechnung einen Ueberschuß von S. 788.127.38. Hieraus erhalten die Aktionäre, wie im Vorjahre, 5% Dividende, d. i. S. 200.000.—; aus dem Rest werden die Kapitalsreserven dotiert und S. 184,660.18 auf neue Rechnung vorgetragen. E

Neue Arbeitersiedlung

In der Siedlung Kirjath Chajim, einer nach Dr. Chaim Arlosoroff benannten Arbeitervorstadt an der Bucht von Haifa, wurden 200 Arbeiterhäuser fertiggestellt. Weitere 200 Häuser sollen demnächst errichtet werden. Für die neue Arbeitersiedlung hat der Keren Kajemeth insgesamt 3000 Dunam zur Verfügung gestellt.

Makkabiade in Prag

Wegen Verschwörung gegen Lord Melchett

Die Sommermakkabiade, die in großem sportlichen Umfang in Czernowitz geplant war, ist, wie erinnerlich, in letzter Stunde von den rumänischen Behörden verboten worden und mußte vom Weltverband des Makkabi nach Prag verlegt werden.

Der Makkabi-Weltverband teilt nun die Gründe mit, die die rumänischen Behörden veranlaßten, die jüdischen Kampfspiele in Czernowitz absagen zu lassen. Es wurde nämlich auf Grund gewisser Entdeckungen von der Polizei festgestellt, daß eine Verschwörung gegen den Präsidenten des Weltmakkabi Lord Melchett geplant gewesen sei. Die rumänische Regierung habe für die Sicherheit Lord Melchetts und anderer Teilnehmer keine Garantie übernehmen können.

Die Exekutive des Makkabi-Weltverbandes hat deshalb beschlossen, die Kampfspiele nach Prag für die Zeit des XVIII. Zionistenkongresses zu verlegen. Sie finden vom 20. bis 29. August statt. An den letzten zwei Tagen, am 28. und 29. August wird eine Weltkonferenz des Makkabi stattfinden.

Araber treiben Sport

Die arabische nationalistische Jugendorganisation hat beschlossen, einen sich über Palästina und die Nachbarländer erstreckenden Sportverband zu schaffen. Der neue Verband soll nach Muster der Olympiaden regelmäßig Sportfeste veranstalten, die nach Antar, einem arabischen Nationalhelden der vorislamitischen Epoche, den Namen «Antariaden» führen sollen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21, Telephon Nr. A-16-1-14
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Tel. R-26-0-81, R-26-0-82.